

David gegen Goliath – Griechenland gegen den Rest Europas

Das Zeitgeschehen unterliegt einer ständigen Wiederholung von Ereignissen. Wer kennt nicht die Geschichte von David gegen Goliath und wer hat nicht bei der Geschichte von David gegen Goliath David vor dem geistigen Auge, wie er nur mit einem Stein bewaffnet gegen Goliath antritt, um ihn im ungleichen Kampf der Kräfte zu besiegen? Nun ist es im aktuellen Kampf von David (in diesem Fall Griechenland) gegen Goliath (die Europäische Union) kein Stein, der zum Sieg gegenüber dem Stärkeren führen kann sondern ein »Oxi« (Nein) einer demokratisch durchgeführten Volksabstimmung, dem Referendum. Es bleibt nun abzuwarten, ob ein Nein den übermächtigen Goliath zu bezwingen vermag.

Politiker hierzulande beklagen, dass die griechische Bevölkerung gar nicht um die Folgen dieses »Nein« wisse. Aber woher kommt dieser angebliche Mangel an Wissen, der angeblich schlimmen Folgen nach sich zieht? Es ist der selbe Mangel an Wissen, wie er hierzulande über die Politik ebenfalls vorherrscht. Warum? Weil, wie beim Vertrag von Lissabon, bei TTIP und vielen weiteren relevanten Dingen die Politiker hinter verschlossenen Türen über das Volk entscheiden und Geheimhaltung wahren. Es ist der gleiche Mangel an Wissen, der die Rechtsradikalen auf die Straße treibt, um gegen Flüchtlinge zu demonstrieren und der gleiche Mangel an Wissen, der die breite Masse der Bevölkerung vor dem Fernseher sitzen lässt und volksverblödende Fernsehsendungen anschauen lässt, anstatt gegen das volksverblödende Verhalten der Verantwortlichen seine Stimme zu erheben.

Es ist die Unkenntnis, die seit Jahrhunderten durch die Verschwiegenheit der Machthabenden verbreitet wird. Würden die

weltweit agierenden VolksvertreterInnen dem Volk gegenüber mit offenen Karten spielen, gäbe es diese Unwissenheit und die daraus resultierenden Trotzreaktion der Griechen nicht. Dieses Gerangel um die Geheimhaltung systemrelevanter Informationen hat nun dazu geführt, dass es zum Kampf von David gegen Goliath gekommen ist in dem der Sieger noch bei weitem nicht ausgemacht werden kann und die Folgen für beide Seiten nicht absehbar sind. Diese Unwissenheit ist es auch, die die Völker gegeneinander aufhetzt: Die Deutschen, nicht viel weniger verschuldet als die Griechen klagen an, für die Schulden derer geradestehen zu müssen und lassen dabei außer Acht, dass der eigene Exportüberschuss durch den Exportverlust der anderen Länder zustande gekommen ist und dies wiederum nur möglich war, weil Deutschland in den vergangenen Jahrzehnten vom Lohnhochland zu einem, mit einem immer weiter ausufernden Niedriglohnsektor, Billiglohnland verkommt und bei den Durchschnittslöhnen im Vergleich mit den anderen europäischen Ländern immer weiter nach hinten durchgereicht wird.

Die Europäische Union zeichnet im Falle eines Sieges für David ein Schreckensszenario für Griechenland auf das Papier, in dem das Land untergeht, in sozialer Armut versinkt und mit wirtschaftlichen Einbußen zu rechnen hat. Die Kommentare der LeserInnen in den Tageszeitungen zu dem Thema lauten unter anderem, dass eine wirtschaftliche Förderung Griechenland aufgrund des mangelnden Vorhandenseins von Industrie nicht sinnvoll sei. Die KommentarschreiberInnen lassen bei ihren Gedanken jedoch außen vor, dass Griechenland auch in der Vergangenheit hauptsächlich vom Tourismus, den daraus resultierenden Dienstleistungen, dem Handel und der Schifffahrt gelebt hat. Die Industrie des Landes besteht vorrangig aus klein- und mittelständischen Betrieben. Das untermauert die Aussagen derer, die behaupten, dass mit dem Großteil der Kredite die Banken gerettet wurden und nur ein geringer Teil zur Unterstützung des Volkes zugute kam.

Es ist nach wie vor das Volk, das vor den Geldautomaten der

Banken steht und versucht das Geld für den täglichen Bedarf zu erhalten. Es ist eben dieses Volk das mit »Nein« gesagt hat zu weiteren Einschnitten in ihre Zukunft, die Zukunft ihres Landes und die Zukunft ihrer Nachkommen. Denn die Griechen haben über 5 Jahre das Spiel der nicht demokratisch legitimierten Politiker aus Brüssel mitgespielt und erfahren, dass jeder einzelne schmerzhafteste Einschnitt, den ihnen ihre landeseigene Politik zugefügt hat, nichts brachte. Sie sehen keinen Ausweg, wissen weder vor noch zurück. Was haben sie da noch zu verlieren? Und während wir hier noch immer über die Griechen meckern, lassen wir außer Acht, dass die EU bereits über Jahre dabei ist die Errungenschaft der vergangenen Jahrzehnte außer Kraft zu setzen – die Demokratie. Wir müssten dem griechischen Ministerpräsidenten Tsipras dankbar sein, dass er den Mut und das Rückgrat besitzt – was Papandreou 2011 nicht gelang und was ihn und seine politische Karriere unter dem Druck der EU wie ein rohes Ei zerbersten ließ – einer diktatorisch handelnden Brüsseler Regierung (wie bereits erwähnt: nicht demokratisch legitimiert) mit der Volksbefragung die Stirn zu bieten.

Das Volk hat ihm mit dem »Nein« den Rücken für weitere Verhandlungen gestärkt. Wie der Kampf David gegen Goliath ausgeht, werden die nächsten Tage, Wochen und Monate zeigen. Ob David den Stein zielsicher und hart genug zum Sieg über Goliath schleudern kann oder ob Goliath ihn mit einem Handstreich hinwegfegt...es ist an der Zeit, dass Europa das wird, was es vorgibt sein zu wollen – eine demokratische Einheit. Doch so lange die Menschen mit Lügen und Korruption, hervorgerufen durch Machtverliebtheit einiger Politiker zum Wohle privatwirtschaftlicher systemrelevanter Geldhäuser gegeneinander aufgebracht werden, sind wir von einem einheitlichen Europa genauso weit entfernt wie von der Wahrheit.

Grexit – Die Angst dahinter

Seit dem Scheitern der Verhandlungen über weitere Hilfszahlungen für Griechenland gehen die Meinungen über das weitere Vorgehen auseinander und häufen sich die Schuldzuweisungen wer für was verantwortlich ist. Eine ultimative Lösung bietet jedoch niemand. Der Grexit liegt somit in der Möglichkeit. Lediglich Bundeskanzlerin Angela Merkel signalisiert weiterhin Gesprächsbereitschaft. Nun sollte man nicht dem Irrglauben erliegen, dass diese Bereitschaft, die Verhandlungen erneut aufzunehmen auf reiner Nächstenliebe zu dem griechischen Volk basiert. Vielmehr steht weiterhin das Abwenden der Bankenpleite und des griechischen Staatsbankrotts im Vordergrund.

Festung Europa

Darüber hinaus, und dieser Punkt ist wohl nicht zu verachten, ist Griechenland mit 42.000 Flüchtlingen im ersten Halbjahr 2015 neben Italien mit bislang 46.500 Flüchtlingen im gleichen Zeitraum eines der Länder, das, an der EU-Außengrenze liegend, mit dem größten Zustrom von Flüchtlingen zu kämpfen hat. Nach offiziellen Schätzungen leben derzeit eine Millionen Flüchtlinge in Griechenland und täglich kommen neue hinzu – nur zum Vergleich: Griechenland hat 11 Mio. Einwohner und 1 Mio. Flüchtlinge, Deutschland hat 82 Mio. Einwohner und 630.000 Flüchtlinge. Ein Abriss der Flüchtlingsströme ist nicht in Sicht und somit bildet Griechenland einen sehr nützlichen Puffer um das wirtschaftliche Zentrum der Europäischen Union abzusichern, das sich mit dem Dublin II-Abkommen bislang erfolgreich gegen die Aufnahme von Flüchtlingen wehrt.

Sollte diese »Sicherheitszone« wegbrechen, wären Italien und

Spanien einem massiveren Ansturm ausgesetzt als bislang und zudem läge mit Griechenland ein Armutsländ in Europa, das ausreichend sozialen Zündstoff böte, um die europäischen Staaten unter Handlungsdruck zu setzen – das wird wohl die eigentliche Angst hinter dem Grexit sein. Zudem wurden erst in den vergangenen Jahren an der griechisch/türkischen Landesgrenze ein »Schutzwall« errichtet, der den Zustrom von Flüchtlingen auf dem Landweg Einhalt gebieten soll – über das Mittelmeer wagten in diesem Jahr bereits über 137.000 Menschen die Flucht nach Europa. Angesichts der eigenen sozialen Schiefelage des Landes, unter der nicht die Banken und Aktionäre sondern das gemeine Volk zu leiden hat, verwundert es nicht, dass in Griechenland rechte Parteien Zulauf haben, die diese Situation für sich auf schändliche Weise auszunutzen wissen.

Das eigens gezüchtete und somit selbst verschuldete »Problem« der Flüchtlingsströme muss gemeinsam gelöst werden und darf nicht auf dem Schultern einzelner Staaten und ihrer Bevölkerung abgeladen werden. Italien hat bereits mit der Öffnung seiner Grenzen bewiesen, wie Regierungen handeln, wenn sie diesem Problem handlungsunfähig gegenüberstehen und sich von der Gemeinschaft, die die EU sein möchte, im Stich gelassen fühlen. Angesichts dieser Umstände erklärt sich die weiterhin vorhandene Gesprächsbereitschaft seitens der EU-Verantwortlichen.

Eine Lösung des Problems?

Ein Teil der Wahrheit und somit auch nur ein Teil der Lösung ist und bleibt jedoch, dass sich die Wirtschaft in Griechenland viel schneller erholen könnte, wenn statt der Bankenrettung die Stabilisierung der Wirtschaft im Vordergrund der Interessen stünde. Der Tourismus hatte im Jahr 2014 einen BIP-Anteil von 16,4% und steht neben Handel, Schiffsverkehr und Finanzdienstleistungen an zentraler Stelle, wenn es um die Auswertung im Dienstleistungssektor geht, der zeitgleich 71,4% der griechischen Wirtschaftsleistung ausmachte. Griechenland

beweist trotz der anhaltenden Krise, dass es bereit ist, sich aus diesem Sumpf der politisch-wirtschaftlichen Dogmen Seitens der EU zu befreien. Der Tourismus verzeichnet seit 2013 nicht nur stabile sondern sogar steigende Umsatzzahlen. Und auch die Landwirtschaft kann in Zukunft ein Garant für einen stabilen Staatshaushalt darstellen. Denn seit der Wirtschaftskrise sind innerhalb von zwei Jahren 40.000 Landwirtschaftsbetriebe hinzugekommen, die sich zum Großteil der Bio-Landwirtschaft verschrieben haben und den Anteil von 22% am Exportgeschäft weiter ausbauen könnten.

Neben dem Tourismus und der Agrarwirtschaft besitzt Griechenland Gas- und Erdölvorkommen deren Vorräte die Experten Einnahmen in Höhe von 300 Mrd. bis 465 Mrd. Euro prognostizieren. Schlussendlich und handfesteste Tatsache ist, dass Griechenland aufgrund seiner Lage prädestiniert ist für die Energiegewinnung aus Sonne und Wind. Bis 2020 hat sich die Regierung vorgenommen 20% des gesamten Energievolumens durch erneuerbare Energie zu gewinnen.

Bei weiteren Gesprächen über die Zukunft des Landes sollte man also ganz genau überlegen, wem im Land man die Daumenschrauben anlegen will. In erster Linie sollten die bezahlen, die in der Vergangenheit viel zu günstig weggekommen sind – Reiche, Unternehmer und Immobilienbesitzer. Doch sollte dabei beachtet werden, dass neben der Erhebung von Sonderabgaben die Zahlungsmoral generell gegeben ist.

**Griechenland – einst das Land
der Philosophen und Denker,**

heute ein Land, von Banken und Wirtschaft zerfressen

Derzeit bilden sich vor den Banken des Landes lange Schlangen von Bürgerinnen und Bürgern die ihre Ersparnisse lieber wieder unter das Kopfkissen legen oder in den Sparstrumpf stecken als es weiterhin den Banken anzuvertrauen. Allein am Montag, den 14.05.2012 hoben die Bürgerinnen und Bürger 700 Millionen Euro ab, mehr als der Staat von der EZB als Hilfszahlung (über 600 Millionen Euro) ausbezahlt bekommt. Seit Beginn der Krise sind es 73 Milliarden Euro, die von den Bürgerinnen und Bürgern in Sicherheit gebracht wurden. Welche Folgen diese Reaktion der Bürgerinnen und Bürger hat, geht aus der Wirtschaftsgeschichte hervor und sollte Beunruhigung in der Politik auslösen: Denn den Banken wird der letzte Rest an Kapital entzogen und sie werden somit zusätzlich zu der parallel stattfindenden Krise geschwächt und drohen daran zugrunde zu gehen. Nun waren es die Banken selbst die sich durch ihre Geschäfte in diese Krisen-Situation gebracht haben, sodass Mitleid nur sehr sparsam angebracht ist. Man könnte auch sagen: „Beim Thema Mitleid können wir den Gürtel ruhig ein wenig enger schnallen“

Es hat jedoch, wenn sich die Politik weiterhin so korrupt gibt wie bisher Folgen für die griechischen SteuerzahlerInnen. Denn diese müssen für die, von Korruption, Niedertracht und Volksbetrug getränkte Rettung der Banken zahlen. Gegenüber der Bevölkerung wäre es also gerechter, die geschwächten Bankhäuser bankrott gehen zu lassen und somit eine Ende mit Schrecken anstatt eine Schrecken ohne Ende herbeizuführen. Die Kleinanleger könnten bis zu einem gewissen Betrag entschädigt werden, was den griechischen Staat immer noch weniger kosten dürfte als die Bankenrettung. Die Großanleger werden im gleichen Maß entschädigt und besitzen darüber hinaus ja auch noch ausreichend anderweitig angelegtes Kapital oder haben Pech gehabt, ähnlich wie die Spekulanten beim Platzen der

Tulpenzwiebeln-Spekulationen-Blase von 1637, deren Entstehung durch die Gier Einzelner begünstigt wurde und die mit der gegenwärtigen Krise und deren Entstehungsgrundlage zu vergleichen ist.

Wer nun sagt, das Kapital würde bei dieser Handhabe der Krise fluchtartig das Land verlassen, lässt außer Acht, dass das Kapital, welches sich im Besitz von einem ganz geringen Personenkreis befindet, so oder so nicht der Allgemeinheit zu Gute kommt.

Wenn man also alle Kapitalflüchtlinge, die aus Sorge um ihren Besitz das Land verlassen wollen, unter der Bedingung ziehen lassen würde, dass sie ihren, in Griechenland erwirtschafteten Gewinn dem Land übereignen müssen, da sie diesen nur durch die Arbeitsleistung des Volkes erwirtschaften konnten. Das erlangte Wissen über Fertigungsprozesse, sowie die patentierten Erfindungen die fluchtwillige Unternehmer ebenfalls nur durch die Leistung ihrer Angestellten und Arbeiter und somit durch einen Teil der Bevölkerung erlangt haben, gehen auch in den Besitz der griechischen Bevölkerung über. Die Firmen und Produktionsstätte werden der Belegschaft, den Angestellten und Arbeitern überschrieben. Die Fluchtwilligen dürfen somit nur mit dem zu Beginn eingebrachten Eigenkapital das Land verlassen. Dies wäre fair der Bevölkerung gegenüber und niemand würde sich vermutlich über die Landflucht des Oberen empören. Die durch diese Maßnahme eingenommen Beträge müssten dann den Sozial- und Rentenkassen zur Verfügung gestellt werden und es somit wäre sichergestellt, dass bei einer Abwanderung des Kapitals, beziehungsweise das was von dem Kapital dann noch übrig ist, die Lebenshaltungskosten der Leidtragenden gesichert wäre. Da aber auch die Unternehmen an sich beschlagnahmt und die Wirtschaft, nur unter neuer Führung weiter betrieben werden würde, bliebe alles beim alten, sodass die Sozial- und Rentenkassen einen gar nicht so großen Ansturm zu befürchten hätten.

Die Zukunft von Griechenland liegt eindeutig in dem Tourismus und in der Solarstrom-Gewinnung. Der Tourismus ist gegenwärtig das Hauptstandbein des Landes. Konzentriert sich das Land zudem auf die weiteren Stärken die es gegenüber den anderen europäischen Staaten besitzt und die bereits aufgestellten Studien die sich positiv zu den Plänen der Solarstrom-Gewinnung und dem daraus resultierendem wirtschaftlichen Wachstum für das Land äußern, bestätigen, wäre dies ein nachhaltiger Schritt mit Auswirkungen für die Zukunft aller Europäer. Denn Griechenland würde somit als Vorreiter beweisen, dass auch vom Euro gelöst eine wirtschaftliche wie soziale Politik zu betreiben ist. Sollte es den Verantwortlichen in der Wirtschaft und der Politik darüber hinaus gelingen das Bewusstsein bezüglich ihrer Verantwortung gegenüber dem Land und der Bevölkerung, die sie unter anderem auch unter Eid bekundet haben zu leisten und für geleistetes zu übernehmen, zu schärfen und dieser endliche wieder nachzukommen, kann das Land in ein paar Jahren gestärkt aus dem Feldversuch „Europäische Union“ hervorgehen. Am Ende könnte Griechenland sogar mit einer landeseigenen Währung besser da stehen als die einzelnen Staaten der EU. Vorausgesetzt Griechenland wird gerecht behandelt und trotz der fehlenden Mitgliedschaft nicht wirtschaftlich blockiert und sanktioniert.

Olly's Kommentar

Es gibt Menschen auf dieser Welt die das was sie anfassen in Gold verwandeln und es gibt Menschen die die Dinge die sie anfassen in einen riesigen Haufen Scheiße verwandeln.

Die Politiker der Europäischen Union gehören zu der Gruppe von Menschen die ich zuletzt aufgeführt habe. Nicht nur das sie das was sie anfassen in Scheiße verwandeln, sie selbst sind nur optisch von dem mir hier aufgeführte Materie-Beispiel zu unterscheiden. Bei der Flexibilität sich anzupassen, auch wenn

es eng werden könnte, gleichen sie den unappetitlichen Hinterlassenschaft bis ins Detail. Auch im Auftreten und Verhalten sind die Übereinstimmungen erstaunlich.

Meiner Hoffnung: Die Griechen mögen den ersten korrupten Investor der ihr Land betritt mit Benzin überschütten und anzünden ist nicht eingetreten. Zumindest einige Straßenzüge gingen in Flammen auf. Dies trifft aber wieder zum Teil die Falschen. So langsam richtet sich der Fokus der griechischen Bevölkerung jedoch auf die richtigen Personenkreise, die Urheber der Krise. Nach und nach bekommen diese Kreise dies auch zu spüren. Wir sollten Griechenland also gut im Auge behalten. Es könnte sein das sich dort gerade etwas zusammenbraut, was den Ursprung für einen „Europäischen Herbst“ bilden könnte.

Es nimmt keine Ende

Die Medien berichten nach wie vor über die unhaltbaren Zustände in Griechenland und die Deutschen Kleingeister haben nichts besseres zu tun, als sich über „Die Griechen“ und deren Lage missgünstig auszulassen.

„Den Griechen“ wird in sämtlichen Bereichen das Missmanagement der Regierung vorgeworfen. Da heißt es: „Die Griechen sind selber Schuld an ihrer Situation. Nun sollen sie auch selber zusehen wie sie da wieder herauskommen.“ Außerhalb Griechenlands stehen die Leute den Problemen der Griechen gleichgültig, gar mit Verachtung gegenüber und übersehen dabei, dass sie in das Antlitz ihrer eigenen Unfähigkeit schauen. Fast jeder vergisst, wer die „Krise“ herbeigeführt hat und wer nun dafür finanziell in Haftung genommen wird. Denn, dass die Senioren in Griechenland seit Monaten keine

Rente mehr erhalten, dass das Gesundheitssystem kollabiert oder die Abgaben an den Staat genauso schnell ansteigen wie der Lohn aufgrund von Streichungen zerfällt, ist nicht nur ein Problem von „den Griechen“ alleine, es ist ein Probleme aller Länder, weltweit.

Aktuelle Beispiele finden sich seit Jahren auch innerhalb der eigenen Grenzen: Kurzarbeit und Lohnverzicht. Firmenpleiten aufgrund Geldgieriger und nach mehr Macht strebenden Inhabern. Reallöhne von drei Euro Stundenlohn. Leiharbeiter, die wie Sklaven hin- und hergeschickt werden ohne Würdigung ihrer Arbeitsleistung. Sechs Millionen ArbeiterInnen und Angestellte die zu menschenverachtenden Stundenlöhnen arbeiten müssen. Vor Jahrzehnten waren diese Umstände, die damals schon in Billiglohnländern Gang und Gebe waren, hierzulande unvorstellbar.

Ist es somit auch unvorstellbar, dass hierzulande keine Renten und Sozialleistungen mehr ausbezahlt werden? Ist es somit auch unvorstellbar, dass Ärzte und Krankenhäuser Aufgrund mangelnder Finanzkraft Patienten die notwendige Behandlung verweigern? Ist es darüber hinaus auch unvorstellbar, dass mittellose BürgerInnen im Nirvana der gesellschaftlichen Egalität verschwinden? Nein!

Unvorstellbar ist hingegen, dass wenn weiterhin jeder nur in seinem Ich-Denken verweilt und die Hände in den Schoß legt, wir die Probleme, die es zu beseitigen gilt, lösen werden.

Ein Mal mehr frage ich, mehr rhetorisch als ernst gemeint: Wer hat den die „Krise“ ausgelöst?

Waren es die Hausfrauen, Handwerker und Angestellten, die die Krise durch ihre „ausschweifende und verschwenderische“ Lebensweise herbeigeführt haben? Nein. Es waren und sind es die Politiker, die sich als Hure der Wirtschaft in jeder nur erdenkliche Stellung verbiegen, um sich möglichst gewinnbringend durchficken zu lassen. Mit dem Ergebnis, dass

die Mächtigen, zufriedengestellt in ihrer Gier, den volksverräterischen Volksvertretern die Bankkonten füllen, sie mit Posten in der Wirtschaft belohnen oder sonstige Vergütungen zukommen lassen.

Auch hierfür gibt es ausreichende Beweise im eigenen Land. Das wohl bekannteste und noch nicht verurteilte Beispiel ist Ex-Bundespräsident „Lügen“-Wulff. Ex-Bundeskanzler Gerhard Schröder, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, Stefan Mappus.

Wieso dauert die „Krise“ so lange?

Auch dies ist ein Umstand, den ich bereits mehrfach in der Zeitung angesprochen habe. Die Personen, die für die „Krise“ verantwortlich sind, sind auch dafür verantwortlich, dass die „Krise“ am Laufen gehalten wird. Noch steckt zu viel Kapital und somit Gewinn in den Ländern. Noch gibt es überall auf der Welt Menschen, die „zu viel“ verdienen. Bei Beobachtung der produzierenden Konzerne und deren Produktionsstätten(ab)wanderungen fällt auf, dass einige von ihnen, nachdem sie in die Billiglohnländer ausgewandert waren, wieder in heimische Gefilde zurück kehren. Nicht immer jedoch nur aus dem Grund, weil die Arbeit hierzulande genauer und gewissenhafter absolviert wird, sondern immer häufiger auch, weil die Lohnkosten sinken und das Recht der ArbeiterInnen und Angestellten mit Füßen getreten wird. Dass die Gerichte und Gewerkschaften diesem Problem machtlos gegenüberstehen, haben sie durch ihre hilflosen Urteile beziehungsweise Aktionen der letzten Jahre eindrucksvoll bewiesen. Somit haben die Verantwortlichen aus Wirtschaft und Politik gar kein Interesse ein Ende der „Krise“ herbeizuführen.

Wie sonst ist es zu verstehen, dass „die Griechen“ von, den ihnen zur Verfügung stehenden Finanzmitteln zwei Atom-U-Boote in Auftrag gegeben haben? Waren es „die Griechen“, Hausfrauen,

ArbeiterInnen und Rentner die ihre Gelder verpulvert haben oder waren es „die Griechen“ wie der Giorgos Papandreu und seinesgleichen?

Hierzulande agiert der Verteidigungsminister nicht anders. Auf der Internationalen Flugausstellung in Schönefeld bekundete er sein Interesse an Drohnen militärischer Bauart. Von was will er das bezahlen? Von den Einsparungen bei der Bildung? Von Einsparungen im Sozialen Bereich?

Das Volk zahlt den Schwachsinn!

Dass es auch anders geht zeigt folgendes Beispiel. Der Textilhersteller Trigema GmbH, hat stets in Deutschland produziert. Das Unternehmen verlangt für ein T-Shirt zwanzig Euro und etwa fünfzig Euro für ein Sweat-Shirt, was ein völlig angemessener Preis ist. Wenn alle ArbeitgeberInnen so verantwortungsbewusst mit ihren Angestellten umgehen und ihre Unternehmen nicht als Melkmaschine der Gesellschaft ansehen würden, könnte sich jeder, frei von Neid, diese Produkte leisten. Da dem leider nicht so ist, werden sich nur Finanzkräftige und Fair Trade-Fetischisten diese zurecht (weil zu fairen Bedingungen produziert) kostspielige Ware leisten können. Der große Rest ist gezwungen auf Bekleidungskonzerne wie H&M und KiK zurückzugreifen und damit fragwürdige Geschäftsmethoden zu unterstützen.

Das Ende vom Lied

Den Politikern und der Wirtschaft ist es scheißegal was mit uns passiert. Wenn die Menschen um Griechenland herum das endlich begriffen haben sollten, ist es zu spät. Erst wenn die ersten Bürger hierzulande vor geschlossenen Bankschaltern stehen, das Amt keine Leistungen mehr auszahlt, der Arzt lebensnotwendige Leistungen verweigert beziehungsweise aufgrund mangelnder Ausstattung nicht mehr in der Lage ist diese durchzuführen oder wenn der Fiskus vor der Haustür steht

um das Auto zu pfänden, werden sie erwachen.

Bis es soweit ist vertreiben sich die Menschen um Griechenland herum die Zeit mit dem Fingerzeig auf ein Land, dass wie wir von korrupten und machtbesessenen Arschlöchern regiert und wirtschaftlich ruiniert wird.

Fazit: Es sind nicht „Die Griechen“, WIR, das Volk, sind es, die diese Umstände zulassen!

Wir, und nur WIR sind es, die diese Umstände beseitigen können.

Packen WIR´S an!

Sind wir nicht alle ein bisschen Griechenland?

So komisch sich die Titelzeile anhören mag, der Grund der mich dazu bewog diesen Text zu verfassen ist es nicht! Nachdem ich mich in den vergangenen Jahren immer intensivere Recherchen zu meinen veröffentlichten Themen durchführe, habe ich eines feststellen können was ich euch nur mal so am Rande mitteilen wollte wenn ihr mal wieder sagt: „Ach, eigentlich ist der Staat gar nicht so schlimm“ oder „Scheiß Industrie, ausschließlich Kommerziell und intrigant“.

Denn bei der Auswertung meiner bisher durchgeführten Nachforschungsarbeiten ist mir eine Zahl unübersehbar ins Auge gefallen. Die Quote der beantworteten Anschreiben, die ich mit der Bitte um Klärung der jeweiligen Sachverhalte, losgeschickt habe. Gingen diese Anfragen an Unternehmen in der Freien Marktwirtschaft wurden diese umgehend beantwortet. Wenn diese

Antworten auch nicht immer die zufriedenstellenden Antworten hervorbrachten, die ich mir erwünscht hatte, aber sie antworteten zumindest. Ganz im Gegensatz zu den öffentlichen Einrichtungen wie Behörden, Ämter und Ministerien. Ich warte noch heute auf die Beantwortung von Fragen, die ich bereits im vergangenen Jahr schriftlich eingereicht habe. Wenn ich ein Anscheißer wäre, könnte ich jede der von mir angeschriebenen und mir nicht antwortenden Personen mit einer Aufstichtsbeschwerde belegen, da sie der vom Gesetz vorgeschriebenen Auskunftspflicht gegenüber der Presse nicht nachgekommen sind. So aber veröffentliche ich die Zahlen und Darstellungen die mir vorliegen und verweise im Text auf diesen Umstand

Das Fazit

Jedes, Unternehmen welches mehr oder weniger von der Gunst der BürgerInnen abhängig ist, kommt bereitwillig der Bitte um Antworten nach. Selbst Universitäten haben meine teilweise abstrusen Anfragen beantwortet. Nur die staatlichen Stellen sowie die vom Staat finanzierten Einrichtungen wie Museen haben es nicht nötig mit einer angemessenen Öffentlichkeitsarbeit sich den Fragen des Volkes zu stellen. Dies ist nur ein Grund warum ich dieses Pack als SchmarotzerInnen und für das Allgemeinwohl entbehrliche Wegelagerer bezeichne.

Wir brauchen uns also gar nicht über die Bürokratie in Griechenland auslassen, so lange wir das eigene korrupte Regime schalten, walten und gewähren lassen wie es ihm beliebt. Anhand meines hier angeführten Beispiels der Informationsverweigerung ist klar und deutlich zu erkennen, dass mein Misstrauen gegenüber dem Regime, bezugnehmend auf die Volksnähe gerechtfertigt ist